

Rede der Fraktionssprecherin

**Martina Zsack-Möllmann**



anlässlich der Verabschiedung des städtischen Haushaltes 2018

Ratssitzung vom 30. November 2017

Bitte **Sperrfrist bis heute, 17.30 Uhr**, beachten.

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte RatskollegInnen,

liebe Gäste dieser Ratssitzung,

der Haushalt 2018 – den wir heute hier verabschieden - das ist hier schon gesagt worden – ist der erste, der ausgeglichen dargestellt wird. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben diesen Moment schon bei der Einbringung, historisch genannt.

Heute ist die Stunde des Rates. Mit dem Haushalt bestimmen wir gemeinsam mit der Verwaltung die Schwerpunkte des Handelns für das kommende Jahr.

Keiner der hier Anwesenden kann sich an Zeiten erinnern, in denen wir ohne Haushaltsicherung waren, oder an Zeiten ohne ständig wachsendes Schuldenaufkommen, das alles politische Handeln lähmt.

Und was haben wir bis heute bereits unseren Bürgern und Bürgerinnen alles zugemutet. Wir haben Schwimmbäder geschlossen, Schulen **nicht** saniert, den Nahverkehr eingeschränkt, unser Tafelsilber veräußert.

Verwaltung und Politik mussten Haushaltskonsolidierungskonzepte und – sanierungspläne entwickeln und diese dann auch umsetzen.

Sie mussten Stellen in der Verwaltung in solchem Maße abbauen, dass die Verwaltung heute am Rand der Arbeitsunfähigkeit steht.

Aber mit dem Beitritt zum Kommunalen Stärkungspakt Anfang 2009 haben wir gemeinsam beschlossen, im Gegenzug zur bemerkenswerten jährlichen Förderung des Landes ein drastisches Sparpaket zu schnüren, um endlich aus der Schuldenfalle zu entkommen. Damals haben wir uns verpflichtet den jährlichen Aufwand um 45 Millionen Euro zu senken. Das war schwer und hat den Menschen dieser Stadt einiges abverlangt.

Aber heute ist der Tag gekommen, an dem wir einen Haushalt verabschieden müssen und wollen, der ausgeglichen ist und – wenn nichts dramatisches dazwischen kommt – auch am Ende des Jahres 2018 noch ausgeglichen sein wird. Das wäre in der Tat historisch!

Aber natürlich sind damit unsere finanziellen Probleme noch nicht gelöst. Wir warten immer noch auf eine Altschuldenregelung durch den Bund, denn auch wenn wir unsere Schulden bereits erfolgreich zurückgefahren haben, weil das niedrige Zinsniveau uns dabei mächtig unterstützt, so hängt doch das Damoklesschwert einer Zinserhöhung über unseren Köpfen – eine Bürde, die wir selber nicht beeinflussen können.

Gut, dass der Städtetag NRW hier eine weitere Initiative zu Altschuldenregelung ähnlich wie das bereits in Hessen geschehen ist, von der neuen Landesregierung fordert.

Interessant auch, dass die Financer des Städtetages die Kämmerer auffordern, eine Selbstverpflichtung zum Verzicht auf Verkauf des Tafelsilbers auszusprechen.

Meine Damen und Herrn,

wir haben – grün-intern aber auch gemeinsam mit den meisten anderen Fraktionen – nun Wochen der Gespräche und Verhandlungen hinter uns. Wir haben diese Gespräche durchweg als konstruktiv und von dem Willen geprägt erlebt, die große Herausforderung des Haushaltsausgleichs gemeinsam zu schaffen. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön in die Runde.

Die Voraussetzungen für den Ausgleich sind insgesamt nicht schlecht:

Auch in Solingen haben sich die Gewerbesteuern erfreulich entwickelt, was einiges erleichtert. Und auch das historisch niedrige Zinsniveau ist unterstützt uns bei der Bedienung der enormen Kredite, die Solingen in den vergangenen Jahrzehnten aufnehmen musste.

Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Verwaltung haben am Grundsatz „Investieren um zu sparen“ festgehalten. Das ist mutig und konsequent. Denn immer noch gilt: das was an Investitionen in die Gebäudesubstanz fließt erfährt eine zumindest teilweise Refinanzierung durch Einsparungen im Energiebereich – und es wirkt unmittelbar wertsteigernd.

Trotzdem müssen wir feststellen, dass wir den enormen Sanierungsstau nicht alleine werden beheben können. Dazu brauchen wir Bund und Land - ein Thema, das uns Kommunalos wohl alle eint:

Trotz aller Bemühungen auf kommunaler Ebene, trotz jahrzehntelanger Haushaltsicherung, trotz einiger Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene, ist die Haushaltslage in unserer Stadt bedrohlich: bedrohlich für die soziale Infrastruktur, für das Bildungs- und Sportangebot, für die Personaldecke der Verwaltung, ja selbst für die Realisierung von geförderten Projekten, so dass uns manches Mal schon Fördergelder durch die Lappen gingen.

Bund und Land müssen sich dieser Herausforderung stellen. In den Kommunen wird Demokratie gestaltet. Hier, vor Ort, im Klein-Klein des täglichen Lebens entscheidet sich, ob Deutschland ein tolerantes, weltoffenes und friedliches Land bleibt. Hier wird geboren, gelebt, gelernt, gearbeitet und gestorben. Wir gestalten unsere Welt vor unserer Haustür.

Das kann aber nur funktionieren, wenn wir die Mittel dazu haben und den politischen Willen, diese Mittel zum Wohle aller hier Lebenden einzusetzen. Deswegen brauchen wir die Unterstützung von Bund und Land. Die Finanzbeziehungen der drei Ebenen untereinander müssen neu strukturiert werden, die Kommunen müssen unabhängiger finanziert werden vom Auf und Ab der Wirt-

schaftsleistung, und Bund und Länder müssen das Prinzip der Konnexität endlich ernst nehmen. Jeder Aufgabe, die den Kommunen übertragen wird, muss die auskömmliche Finanzierung folgen.

Denn die Schuldenlast von rund 600 Mio. Euro wird uns erdrücken, wenn die Zinsen wieder steigen. Gleichzeitig steigt der Finanzbedarf, denn Solingen wächst wieder, es leben wieder mehr Kinder in unserer Stadt, der Schulraum ist knapp.

Auch das fordert von uns, Dinge neu zu denken. Wir schließen keine Kitas mehr, wir bauen Kitas. Wir geben keinen Schulraum mehr auf, wir bauen an, wo es nur geht.

Der Haushalt 2018 spiegelt diese Entwicklung. Die Verwaltung hat hier das größte Investitionsvolumen aufgestellt, das es in der Vergangenheit gegeben hat. Und das ist gut so. **Investitionen in Bildung** – und dazu gehören auch die Investitionen in frühkindliche Bildung – sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Diese Haltung ist eine Kurskorrektur, die die Verwaltung unter dem rot-grünen Oberbürgermeister vorgenommen und erfreulicherweise auch umgesetzt hat. Darüber freuen wir Grüne uns sehr.

Und wir haben nachgezogen, indem wir gemeinsam, fraktionsübergreifend einen deutlichen Ausbau der Angebote im **Offenen Ganztage** fordern. Ein wesentlicher, ich würde fast sagen unabdingbarer Schritt, um mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Und damit ist der Ausbau der qualifizierten Ganztagsbetreuung immer auch ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsförderung! Denn Eltern, die ihre Kinder in gesicherter und qualitativ hochwertiger Betreuung wissen, können ihrem Arbeitgeber ganz anders zur Verfügung stehen, als wenn die Sorge sie umtreibt, wo und wie das Kind gerade betreut und beschäftigt ist.

Fehlende Betreuung im nachschulischen Bereich fördert den Zwang zu Teilzeitsjobs und geringfügiger Beschäftigung, was in der Regel vor allem Frauen be-

trifft. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse fördern Altersarmut. Und häufig genug führen sie zu prekären Lebensverhältnissen, die die Spirale von arm, geringere gesellschaftliche Partizipation, geringere Bildungschance, niedrigerer Bildungsabschluss vollkommen unabhängig von den persönlichen Ressourcen der Betroffenen fördert.

Insofern dient ein Ausbau des Offenen Ganztags auch der Frauenförderung und beugt familiären Armutstendenzen vor.

Apropos **Wirtschaft**: Im Haushaltsplan der Verwaltung tauchte natürlich die bereits in den Vorjahren beschlossene Erhöhung des Hebesatzes der **Grundsteuern** A und B auf. Wir wollten eine Verteilung der Steuererhöhungen auf alle Schultern, also unter Einbeziehung der Gewerbesteuer. Schließlich dienen Steuereinnahmen der Infrastruktur unserer Stadt, die auch für die Wirtschaft wichtig und nützlich ist.

Unserem Vorschlag, die Einnahmen gleichmäßig auf alle drei Steuern zu verteilen, folgte ein Aufschrei der Empörung. Eine politische Mehrheit war für diesen Vorschlag offensichtlich nicht zu bekommen. Was jedoch auch folgte, war eine öffentliche politische Diskussion, die schlussendlich dazu geführt hat, dass die Verwaltung selber den Vorschlag machte, die Erhöhung der Grundsteuer B auf 75 Punkte zu reduzieren. Manchmal sind politische Erfolge nur mittelbar und in kleinen Schritten zu erzielen.

Erst vor wenigen Tagen fand in Bonn die große **Klimakonferenz** statt. Hier wurde unter dem Vorsitz der Regierung der Fidschi-Inseln über die Auswirkungen des Klimawandels diskutiert und über Wege, den dramatischen Folgen zu begegnen. Wir Grüne sind überzeugt, dass wir hier vor Ort handeln müssen, um unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten und den ökologischen Raubbau zu beenden. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Und das geht nicht ohne die **Verkehrswende**.

Deswegen fordern wir mehr Geld für **Nahmobilität** – für den Ausbau des Radwegenetzes abseits der beschlossenen Veloroute, für Wegeverbesserungen für FußgängerInnen, wozu eben auch die Barrierefreiheit gehört.

Der **Öffentliche Nahverkehr** ist eines der entscheidenden Standbeine der Verkehrswende. Ihn gilt es vor Angebotsstreichungen zu schützen – wobei uns eine sehr aktive Bürgerschaft und der Fahrgastbeirat unterstützen. Aber wir wollen mehr! Wir wollen, dass der ÖPNV weiter attraktiviert wird, um auch in den zeitlichen und geographischen Randbereichen die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in Solingen zu sichern. Dazu bedarf es anderer, differenziertere Konzepte als ein auf den Gelenkbus orientiertes Liniensystem.

Natürlich begrüßen wir es, dass unsere alte Forderung, das Gewerbegebiet **Scheuren** an die Viehbachtalstraße anzubinden, um LKW-Verkehre durch Wohngebiete zu vermeiden, nun endlich mit Planungskosten hinterlegt wurde.

Die **Aufenthaltsqualität** des öffentlichen Raums ist entscheidend dafür, ob sich Menschen in ihrem Lebensumfeld wohlfühlen. Deswegen haben wir hierfür Geld gefordert. Denn nur, wenn wir eine (Sitz)Infrastruktur vorhalten, die es älteren Menschen ermöglicht, auf den Wegen des alltäglichen Lebens auch einmal Pause zu machen, können diese Menschen bis ins hohe Alter in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Natürlich wollen wir die Bezirksvertretungen an der Entscheidung beteiligen, wo welche Sitzgelegenheit aufgestellt, welcher Bordstein abgesenkt oder welche Fläche naturnah und insektenfreundlich gestaltet wird.

„Investieren um zu sparen“ ist an vielen Stellen möglich und notwendig. Deswegen haben wir Geld für den sukzessiven Austausch von **Straßenleuchten** in LED-Leuchtmittel gefordert. Das führt zu signifikanten Energieeinsparungen!

Und wir wollen – ein wenig – mehr Geld im Haushalt einstellen, um bereits ausgearbeitete Projekte im Bereich des kommunalen **Klimaschutzes** umsetzen zu können.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe RatskollegInnen,

die Finanzlage in Solingen ist nach wie vor schwierig. Es gibt jedoch zur Zeit Rahmenbedingungen, die uns gewogen sind und kleine zusätzliche Maßnahmen im Klimaschutz und wirklich enorm große Investitionen im Gebäudebestand ermöglichen – was sich ja letztendlich auch auf die Klimabilanz auswirkt. Wir haben mit Sonderkrediten den Abriss und Neubau des Hallenbades Vogel-sang begonnen, wir haben die Aufhebung der Baumschutzsatzung verhindert und wir haben die zusätzlichen Millionenbeträge, die im Bereich der Hilfen zur Erziehung als Altlasten vergangener Jahre aufgearbeitet werden mussten, im Haushalt verpacken können.

Es ist dies kein Haushalt, der Anlass zum Jubeln gibt. Dafür sind wir noch viel zu weit entfernt von den wirklich nachhaltigen Entscheidungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Arten- und Umweltschutz.

Aber ich glaube, dass ich meinen beiden Enkelsöhnen in 10 oder 15 Jahren, wenn sie einmal groß genug sind, um die Frage zu stellen: „Und, Oma, was hast du getan, um unsere Stadt und Umwelt lebenswert und gesund zu erhalten?“ dass ich also diesen beiden Jungs ins Gesicht schauen kann und sagen kann: Ich habe mein Bestes gegeben, um Überzeugungsarbeit zu leisten und grüne Inhalte zu verhandeln.“

Im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Weiterentwicklung unserer Stadt, die wir hoffentlich gemeinsam in den nächsten Jahren vorantreiben werden, stimmen wir diesem Haushalt 2018 zu.

Vielen Dank.